

— GEMISCHTWAREN —

WOCHENBILANZ

Montag: Auf dem Weg zur Entwicklung von Krebsmedikamenten rutscht **Biontech** mit 700 Millionen Euro Minus im Jahr 2024 in die Verlustzone. Das für seinen Corona-Impfstoff bekannte Mainzer Unternehmen nennt als Grund hohe Investitionen vor allem in klinische Studien. Bis zu 1350 Stellen sollen abgebaut werden.

Dienstag: Der angeschlagene Batteriehersteller **Varta** hat seine Alt-Aktionäre enteignet. Die Kapitalherabsetzung auf null sei wirksam geworden, teilt das Unternehmen mit. Der Effekt: Alle bisherigen Aktionäre scheiden ohne Kompensation aus – und der Konzern verliert seine Börsennotierung.

Mittwoch: Der Batteriehersteller **Northvolt** scheitert mit seinem Sanierungsverfahren und stellt in seinem Heimatland Schweden einen Insolvenzantrag. Damit steht der Bau der Batteriefabrik im schleswig-holsteinischen Heide vor neuen Unsicherheiten. Die Bundesregierung hat das Projekt mit Millionen gefördert.

Donnerstag: Die **Deutsche Bank** erwartet für all ihre Sparten in Ertragszuwächse. „Unser Ausblick für 2025 ist positiv. Wir erwarten eine anhaltende Wachstumsdynamik in allen unseren Geschäftsbereichen, entsprechend unserem Ziel, unsere Erträge auf rund 32 Milliarden Euro zu steigern“, sagt Vorstandschef Christian Sewing.

Freitag: Der **Goldpreis** setzt seinen Höhenflug fort und knackt die Rekordmarke von 3000 US-Dollar. Geopolitische Risiken und ein eskalierender Zollstreit sorgen für eine hohe Nachfrage. Am Vormittag steigt die Notierung für eine Feinunze (etwa 31,1 Gramm) bis auf 3001,20 Dollar und damit so hoch wie noch nie.

Samstag: Der schwedische Zahlungsdienstleister **Klarna** will in den USA an die Börse gehen. Laut „Bloomberg“ strebt das Unternehmen eine Bewertung von 15 Milliarden US-Dollar an. 2024 steigerte es den Umsatz um 24 Prozent auf rund 2,8 Milliarden Dollar.

TOP & FLOP

Klaus Zellmer

Während die Konzernmutter in Wolfsburg und andere deutsche Marken schwächeln, kann Skoda-Chef Klaus Zellmer erfreuliche Nachrichten verkünden: Der tschechische Autobauer steigert seinen Gewinn 2024 um fast ein Drittel auf 2,3 Milliarden Euro und festigt damit seine Position als Vorzeigemarke im Massensegment des VW-Konzerns. „Wir leben in unterschiedlichen Ökonomien“, verweist Zellmer auf die geringeren Lohn- und Energiekosten in Tschechien.

GEWINNER



VERLIERER

Arne Freundt

Schwere Zeiten für Arne Freundt bei Puma: Der fränkische Sportartikelhersteller hinkt seinem Lokalrivalen Adidas hinterher und muss für das Jahr 2024 einen Gewinnrückgang um 7,6 Prozent hinnehmen. Der Aktienkurs bricht daraufhin um über 20 Prozent ein, Konzernchef Freundt kündigt einen Arbeitsplatzabbau an. Der Umsatz dürfte 2025 währungsberichtigt im Niedrigen bis mittleren einstelligen Prozentbereich zulegen, teilt der MDax-Konzern in Herzogenaurach mit.

Marcel Klinge hatte große Pläne vor der Wahl: Die Gastronomie sollte in Sichtbarkeit investieren, hieß es auf der Website der Denkfabrik Zukunft der Gastwelt (DZG), die Klinge leitet. Die DZG schlüsselte gleich auf, wie so eine Sichtbarkeitskampagne aussehen könnte – und was sie kosten soll: 365.000 Euro, darunter stolze 165.000 Euro für „Strategie, Kampagnen-Umsetzung & Lobbyarbeit“.

VON CHRISTOPH KAPALSCHINSKI UND PHILIPP VETTER

Am Ende konnte allein die DZG nach eigenen Angaben rund 260.000 Euro zusätzlich ausgeben. Die Kampagne, an der laut Klinge neben der Denkfabrik noch 50 weitere Verbände der Branche beteiligt waren, lief unter dem Motto „#HerzUnsererGesellschaft“. Es sei darum gegangen, „die gesellschaftliche Bedeutung der Gastwelt“ und ihrer 6,2 Millionen Beschäftigten „stärker in den Fokus zu rücken“, sagt Klinge. Doch die Investition in die Lobbyarbeit sollte sich für die Branche auch finanziell auszahlen: Es ging um die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in Restaurants von 19 auf sieben Prozent.

Die Branche hatte Erfolg: Schon in das dünne Sondierungspapier der geplanten schwarz-roten Koalition hat es das Steuergeschenk für die Gastronomen geschafft. Es ist eine der wenigen konkreten Maßnahmen, die vor den Koalitionsverhandlungen beschlossen wurden – zugunsten einer einzelnen Branche. Das dürfte den Staat jährlich 3,4 bis 4,3 Milliarden Euro kosten.

Es ist der vorläufige Sieg der Gastro-Lobby in einem seit Jahren tobenden Kampf um die Steuermilliarden. Lange hatte der etablierte Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) vor allem Niederlagen eingefahren. Doch seit 2021 streitet über die DZG ein ungewöhnliches Duo aus zwei früheren Bundestagsabgeordneten mit. Klinge saß für die FDP bis 2021 im Parlament und gehörte dort dem zuständigen Tourismus-Ausschuss an. Dort traf er auf Markus Tressel von den Grünen. Sie trugen nun dazu bei, dass Schwarz-Rot ein Versprechen umsetzen will, das Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nicht halten konnte.

Die Ursprungsidee für den Steuerrabatt stammt aus dem Jahr 2009. Der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy setzte durch, dass die EU ihren Mitgliedstaaten neue Ausnahmen für die Gastro-Branche erlaubte. Deutschland stimmte zu, nutzte den Freiraum aber nicht. Stattdessen wurde 2010 die Hotelsteuer gesenkt, was der FDP den Ruf der „Mövenpick-Partei“ einbrachte. Die Partei hatte kurz zuvor 1,1 Millionen Euro Spenden von einer Firma des Mövenpick-Eigners August Baron von Finck erhalten. Der Vorgang führte dazu, dass das Thema Steuersenkung für die Gastronomie politisch verbrannt war – trotz gelegentlicher Vorstöße des Dehoga.

Das änderte sich schlagartig durch die Corona-Krise. Der Mehrwertsteuer-Rabatt, erneut vom Dehoga in Spiel gebracht, wurde ab Juli 2020 befristet eingeführt, um den Neustart der Branche zu erleichtern. Scholz kündigte als Finanzminister an, die Regelung werde nie mehr abgeschafft – ließ das Thema aber als Bundeskanzler zunächst offen. Daher startete der Dehoga 2023 im Frühjahr/Sommer eine Kampagne „Sieben Wahrheiten für 7 Prozent“, deren Kern eine Broschüre für Entscheider mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren war. Dazu gab es Beiträge für Instagram und eine On-

Genese eines Milliarden-Geschenks



In einem Restaurant in Jena (Thüringen): Die Gastronomie-Lobby kämpft seit Jahren für eine geringere Mehrwertsteuer

Schon vor den Koalitionsverhandlungen haben sich Union und SPD auf ein Steuerpräsenz für Gastronomen geeinigt. Die Branche bekommt ihre lange geforderte Mehrwertsteuersenkung. Es ist auch der Erfolg einer noch jungen Lobby-Organisation. Geführt wird sie ausgerechnet von einem früheren Abgeordneten der FDP

line-Sammlung von Politikerstimmen. Zudem gab der Dehoga eine Insa-Umfrage in Auftrag, die wenig überraschend ergab, dass die Bevölkerungsmehrheit eine Beibehaltung des Rabatts über 2023 hinaus verlangte.

Zunächst sah es so aus, als werde sich die Koalition tatsächlich auf die Entfristung einigen. Nach dem überraschenden Haushalts-Urteil des Bundesverfassungsgerichts entschied die Ampel-Regierung aber unter Spardruck in letzter Minute im November 2023, die Steuersenkung doch auslaufen zu lassen.

Der Dehoga hatte die Lobby-Schlacht zunächst verloren. „Wir haben keine so großen Budgets wie einige Industrieverbände. Entscheidend für uns sind Gespräche mit der Politik vor Ort und in Berlin“, sagt Dehoga-Geschäftsführerin Ingrid Hartges heute. Laut Lobbyregister liegt das Budget des Dehoga für diese Zwecke bei gut 850.000 Euro – weitaus weniger als etwa bei der Autolobby VDA mit 7,3 Millionen Euro oder beim Bauernverband mit 4,5 Millionen.

In die Lücke stieß die 2021 als Verein gegründete Denkfabrik Zukunft der Gastwelt. Die DZG sei eine „unabhängi-

werkschaft NGG. Er lobt den Einsatz: „Die Denkfabrik hat in Berlin mindestens so viel Einfluss wie der Dehoga.“ Es gelinge den Ex-Politikern besser, die richtigen Leute anzusprechen und Unternehmer zur Mithilfe zu bringen. „Klar versuchen die Initiatoren auch, ein Geschäftsmodell für sich zu entwickeln. Aber es nutzt der Sache und der Branche“, ist der Gewerkschafter überzeugt.

Es nutzt allerdings auch den Ex-Politikern Klinge und Tressel. Denn die DZG beauftragt für die Lobbyarbeit Dritte. Der Großteil des Budgets geht an die Tourismusbotschaft GmbH. 2023 erhielt sie 369.000 Euro von der DZG. „Die Tourismusbotschaft GmbH ist die Servicegesellschaft der DZG und übernimmt organisatorische Aufgaben“, sagt Klinge. Sie fungiere als Geschäftsstelle und unterstütze bei der Umsetzung von Studien, Kampagnen und Veranstaltungen. Allerdings gehört die „Servicegesellschaft“ keineswegs dem Verein hinter der DZG. Einziger Gesellschafter ist laut Handelsregister Klinge persönlich. Er selbst hält die Doppelrolle für unproblematisch. „Da die

ge und interdisziplinäre Denkfabrik“, sagt Ex-Politiker Klinge. „Wir verstehen uns als ergänzender Impulsgeber für die Gastwelt, indem wir wissenschaftliche Studien beauftragen, Ideen entwickeln und die politische Debatte mit Fakten und Perspektiven bereichern.“ Eine der ersten DZG-Studien kam dann auch gleich zu dem Ergebnis, dass die Gastro-Branche bei der Lobbyarbeit nicht gut aufgestellt sei, die vielen unterschiedlichen Verbände hätten „in der Vergangenheit oft zu einer fragmentierten Wahrnehmung geführt“, sagt Klinge. Das habe sich in den vergangenen Monaten durch die „#HerzUnsererGesellschaft“-Kampagne „deutlich verbessert“.

Die selbst ernannte Denkfabrik, die im Lobbyregister des Bundestags mit gut 220.000 Euro jährlichem Lobby-Budget geführt wird, fand vor allem bei denjenigen Anklagen, denen der Dehoga mit seinen 18 Regionalverbänden zu langsam sei. „Da merkt man die politische Erfahrung, die können das mit der Lobbyarbeit gut“, sagt Mark Bob, Referatsleiter bei der Ge-

Tourismusbotschaft GmbH ausschließlich für die DZG tätig ist, bestehen keine Interessenskonflikte“, sagt Klinge. Zweiter Auftragnehmer der DZG ist laut Lobbyregister die Trepública GmbH, die zur Hälfte dem grünen Ex-Abgeordneten Tressel gehört.

Die Bemühungen haben sich im Sondierungspapier ausgezahlt. Die DZG wird das wohl als ihren ersten großen Erfolg verbuchen – auch wenn ihr Beitrag letztlich offen bleibt. Die Union hatte schon als Opposition Anfang 2023 erfolglos einen entsprechenden Antrag eingebracht. Kurz nach dem Ampel-Aus bekannte sich CDU-Kandidat Friedrich Merz noch einmal beim Dehoga-Branchentag zur geplanten Absenkung. Und für die SPD verhandelte in den Sondierungen unter anderem Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, die schon 2023 die Steuersenkung gefordert hatte.

Ihr nächstes Ziel hat die DZG bereits ausgegeben: ein Staatsminister für „Tourismus und Gastwelt“ im Kanzleramt.

EINWURF MAYER

Was auf uns zukommt



VON THOMAS MAYER

Vermutlich werden künftige Historiker Donald Trumps Zerstörung der „Pax Americana“ mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Kollaps der Sowjetunion vergleichen. Unter der Pax Americana waren die Europäer beinahe 80 Jahre lang die Mündel der Amerikaner. Wie in einem Kindergarten stritten sich die Kleinen um die Spielzeuge – EU-Fördertöpfe, moralische Weltmeisterschaft, den Euro. Die US-Kindergärtnerin beschützte sie. Jetzt ist die Kindergärtnerin erst mal weg, und um den Kindergarten streicht der große böse Wolf.

Mit den Kindergartenprojekten im Wettbewerb um die Weltmeisterschaft in Moral – Green Deal, Lieferkettengesetz, Datenschutzverordnung – und der fanatischen Regulierungswut in allen Bereichen haben die Europäer ihr Wirtschaftswachstum abgewürgt. Die Deutschen haben sich mit der Vernachlässigung von Infrastruktur und Wehrfähigkeit kaputtgespart, während die anderen Euroländer mit der deutschen Bonität

billig enorme Schulden anhäufen konnten. Was jetzt an Zumutungen auf Deutschland und Europa zukommt, wird nur vom Neustart 1945 übertroffen.

Die schwarz-roten Koalitionäre wollen neue Schuldentöpfe aufmachen, um die Infrastruktur zu reparieren und die Wehrfähigkeit auf den Stand der 1980er-Jahre zurückzubringen. Das ist wohl unvermeidlich. Aber die Schulden können nur eine Zwischenfinanzierung sein. Danach müsste ein völlig neu aufgestellter Staat kommen. Es ist nützlich, sich mal auszumalen, wie der Bundeshaushalt 2025 aussehen müsste, um zukunftsfest zu sein.

Beginnen wir mit der von CDU/CSU im Wahlkampf versprochenen Steuerreform: Abflachung des „Mittelstandsbereichs“ im Einkommenssteuerartef, Abschaffung des „Soli“, Senkung der Unternehmensbesteuerung von 30 auf 25 Prozent, Erbschaftsteuerreform, Vereinfachung des Steuersystems. Alles richtig, um die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Gleichzeitig müssen

die Verteidigungsausgaben erhöht werden: im Bundeshaushalt um rund 100 Milliarden Euro von 53 Milliarden auf mehr als 150 Milliarden (3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts).

Das muss finanziert werden. Für den Klimaschutz gibt es die CO₂-Steuer. Daher müssen die Klimaschutzsubventionen gestrichen werden – das bringt 40 Milliarden Euro. Dann muss über alle anderen Ressorts drastisch gespart werden. Am meisten trifft es Arbeit und Soziales, den bei Weitem größten Posten im Haushalt. Kürzungen beim Bürgergeld und dem Bundeszuschuss müssen rund 75 Milliarden Euro bringen. Das geht, wenn man das reguläre Renteneintrittsalter auf 70 Jahre setzt, Mütterrente und Rente mit 63 abschafft und das Bürgergeld auf Grundversicherung zurückfährt. Weniger Immigranten, die mehr als die Hälfte der Bürgergeldempfänger ausmachen, würden auch helfen.

Was, wenn es nur gigantische Schulden ohne Anpassung gibt? Bei jeweils

500 Milliarden Euro für Verteidigung und Infrastruktur steigt die Staatsverschuldung um rund eine Billion Euro auf 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Schon bei heutigen Zinssätzen fielen darauf jährlich um die 22,5 Milliarden Euro Zinsen an – eine Erhöhung der gegenwärtigen Zinszahlungen um mehr als zwei Drittel. Vermutlich würde eine „Ponzi-Schuldfinanzierung“ sowohl der Zinsausgaben als auch der Fälligkeiten kommen. Die Zinsen würden steigen und die Zentralbank müsste eingreifen, um den Staatsbankrott zu vermeiden. Die Währung verfällt, und am Ende steht der Schuldenschnitt durch Währungsreform.

Haben die schwarz-roten Koalitionäre Mut genug, den Bürgern reinen Wein einzuschenken? Wohl kaum. Wie immer heißt die Devise: nach uns die Sintflut. Nur: Diesmal wird sie uns verschlingen.

■ Thomas Mayer ist Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute